



12.2.2024

# BERICHT ÜBER EINEN ARBEITSBESUCH

im Anschluss an die Reise einer Delegation des FEMM-Ausschusses vom 19.  
bis 23. Juni 2023 nach Bogotá (Kolumbien)

Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter

Mitglieder der Delegation:

Robert Biedroń	(S&D) (Delegationsleiter)
Vera Tax	(S&D)
Karen Melchior	(Renew)
Andżelika Anna Możdżanowska	(ECR)
Isabella Tovaglieri	(ID)
Eugenia Rodríguez Palop	(Die Linke)

## ***Einleitung***

Im Rahmen des Programmentwurfs für Reisen von Ad-hoc-Delegationen des Ausschusses außerhalb der Europäischen Union für das erste Halbjahr 2023 genehmigte die Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung am 24. November 2022 die Entsendung einer achtköpfigen Ad-hoc-Delegation nach Bogotá, Kolumbien, einschließlich des FEMM-Vorsitzes und der ständigen Berichterstatteerin des AFET Gender, die zur Teilnahme an dem Arbeitsbesuch eingeladen wurde, unter der Bedingung, dass die Sicherheitslage vor Ort vor der Abreise die Durchführung des Arbeitsbesuchs zulässt und dass die Anweisungen und risikomindernden Maßnahmen des Sicherheitsgutachtens für den Arbeitsbesuch eingehalten werden.

Der Arbeitsbesuch fand vom 19. bis 23. Juni 2023 statt.

## ***Kontext***

Der Arbeitsbesuch fand zu einem für Kolumbien historischen Zeitpunkt statt, als mit Gustavo Petro Urrego zum ersten Mal in der Geschichte des Landes ein linksgerichteter Präsident gewählt wurde. Zweck des FEMM-Arbeitsbesuch war es, die Erfolge bei der Abwehr von Rückschlägen gegen die Frauenrechte und die Fortschritte bei der Umsetzung der Geschlechterperspektive des Friedensabkommens von 2016 zwischen der kolumbianischen Regierung und den *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC)* – des weltweit ersten Friedensabkommens, bei dem die Geschlechterperspektive im Mittelpunkt steht – zu erfassen. Ein Teil des Programms betraf die Vorschläge der Regierung zum Recht auf Abtreibung, die im Februar 2022 durch ein Urteil des Verfassungsgerichts entkriminalisiert wurde, wodurch Kolumbien zu einem Land mit einem der fortschrittlichsten Rechtsrahmen in Lateinamerika und weltweit geworden ist. Der Besuch bot auch Gelegenheit, mit der neuen politischen Landschaft in Kontakt zu treten, in der viele Frauenrechtsverteidigerinnen vertreten sind, und die Ansichten von Parlamentarierinnen und -kollegen, Regierungsmitgliedern, Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft sowie von internationalen Organisationen zu hören, die sich für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen. Kolumbien kann trotz der beträchtlichen Herausforderungen, die durch den jahrzehntelangen bewaffneten Konflikt verursacht wurden, erhebliche Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter verzeichnen. Allerdings ist in einigen Landesteilen der Frieden noch nicht hergestellt, wobei Menschenrechtsverteidiger und insbesondere Menschenrechtsverteidigerinnen besonders gefährdet sind.

## ***Resümee der Treffen***

### **Montag, 19. Juni 2023, 19.00–19.30 Uhr**

**Vorbereitende Fachsitzung der Delegation des FEMM-Ausschusses mit S. E. Gilles Bertrand, dem Leiter der EU-Delegation in Bogotá, Kolumbien**

#### Ebenfalls anwesend:

Tito Contreras, Politischer Referent für Migration, Drogen und Geschlechtergleichstellung bei der EU-Delegation

Der **Leiter der FEMM-Delegation, Robert Biedroń**, informiert die Delegation über verschiedene praktische Aspekte des Arbeitsbesuchs, und **S. E. Gilles Bertrand und Tito Contreras** informieren über kurzfristige Änderungen des Programms für den Arbeitsbesuch.

**Dienstag, 20. Juni 2023, 8.30–9.30 Uhr**

**Briefing für die Mitglieder der Delegation des FEMM-Ausschusses durch S. E. Gilles Bertrand, den Leiter der EU-Delegation in Bogotá, Kolumbien**

Ebenfalls anwesend:

Jörg Schreiber, Leiter der Abteilung Politik, Presse und Information bei der EU-Delegation  
Camilo Vargas, Referent in der Abteilung Politik, Presse und Information bei der EU-Delegation

Vanessa Viera, Pressereferentin bei der EU-Delegation

Tito Contreras, Politischer Referent für Migration, Drogen und Geschlechtergleichstellung bei der EU-Delegation

Andreas Björklund, Referent in der Abteilung Politik, Presse und Information bei der EU-Delegation

Laura Mantilla, Referentin für Entwicklungszusammenarbeit bei der EU-Delegation

Alberto Menghini, Referent für Entwicklungszusammenarbeit bei der EU-Delegation

Sonia Tato, Referentin für Entwicklungszusammenarbeit bei der EU-Delegation

Alexandra Nerişanu, Referentin für Entwicklungszusammenarbeit bei der EU-Delegation

Luisa Fernanda Gallo, Referentin für Entwicklungszusammenarbeit bei der EU-Delegation

María Iráizoz, Referentin für Entwicklungszusammenarbeit bei der EU-Delegation

Die **Mitglieder der Delegation** stellen in ihren einleitenden Bemerkungen die jüngsten Initiativen des Europäischen Parlaments (EP) im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter und der Frauenrechte vor, darunter die Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt und die Ratifizierung des Übereinkommens von Istanbul sowie die Richtlinien zur Lohntransparenz und zu Frauen in Aufsichtsräten. Im Zusammenhang mit dem ungerechtfertigten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine äußert die Delegation ihre Besorgnis über die Zunahme sexueller Gewalt gegen Frauen in Kriegszeiten und versucht, Lehren aus den Erfahrungen Kolumbiens mit jahrzehntelangem Konflikt und Bürgerkrieg zu ziehen.

**S. E. Botschafter Gilles Bertrand** beginnt sein Briefing mit einem Überblick über die soziopolitische Lage in Kolumbien, wobei er sich auf den Stand des bewaffneten Konflikts, das jüngste Waffenstillstandsabkommen, die fehlende Präsenz des Staates in abgelegenen Gebieten sowie die Initiativen der Regierung angesichts der Narben, die der jahrzehntelange Bürgerkrieg hinterlassen hat, konzentriert. Kolumbien habe trotz der beträchtlichen Herausforderungen, die durch sechs Jahrzehnte bewaffneten Konflikts verursacht wurden, erhebliche Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter gemacht. Er stellt auch die neue politische Landschaft unter Präsident Gustavo Petro vor, der zahlreiche Frauenrechtlerinnen angehören. Abschließend gibt er einen Überblick über die Bereiche, in denen die EU in Kolumbien Finanzmittel bereitstellt oder Programme durchführt, darunter die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, die Umsetzung und Evaluierung des Friedensabkommens von 2016, Unternehmertum und Armutsbekämpfung sowie die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen.

**Dienstag, 20. Juni 2023, 9.30–11.00 Uhr**

**Treffen mit Frauen und friedensstiftenden Dachverbänden zur Erarbeitung eines Nationalen Aktionsplans 1325 – GPAZ / Cumbre Nacional de Mujeres y Paz / Coalición 1325**

Vertretene kolumbianische Dachverbände:

Luz Piedad Caicedo, Expertin für die Resolution 1325 (2000) des VN-Sicherheitsrats zu Frauen, Frieden und Sicherheit bei Humanas

Natalia Chávez, Koordinatorin des Programms „Frauen, Frieden und Sicherheit“ bei LIMPAL  
Rosa Emilia Salamanca, Geschäftsführerin von CIASE

Berenice Celeyta, Geschäftsführerin von NOMADESC

Nach den einleitenden Ausführungen des Leiters der FEMM-Delegation, deren Schwerpunkt auf der im Oktober 2000 verabschiedeten Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrats zu Frauen, Frieden und Sicherheit liegt, legen die Vertreterinnen der im Bereich der Friedenskonsolidierung tätigen kolumbianischen Dachorganisationen ihre Ansichten dar.

Die Vertreterinnen der **kolumbianischen Dachverbände** betonen, dass Frauen während des gesamten Konflikts unverhältnismäßig stark zu leiden hatten. Gewalt, erzwungenes oder unfreiwilliges Verschwinden von Personen, Erpressung, Zwangsrekrutierung und andere Themen, die Frauen betreffen, stehen im Mittelpunkt der Verhandlungen über den Nationalen Aktionsplan. Die Vertreterinnen der Dachverbände erläutern, dass der Nationale Aktionsplan derzeit in einer noch nie dagewesenen Art und Weise unter Beteiligung von Frauen-, feministischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft die Umsetzung der Resolution 1325 der Vereinten Nationen überwachen, ausgearbeitet wird. Um die Beteiligung von Frauen zu erhöhen und ihrer Rolle bei der Konfliktverhütung und -beilegung, den Friedensverhandlungen, der Friedenskonsolidierung, der Friedenssicherung, der humanitären Hilfe und dem Wiederaufbau nach den Konflikten Rechnung zu tragen, wurde der Schwerpunkt auf drei allgemeinere Bereiche mit horizontaler Wirkung gelegt. 1) Die Friedenslösung mit den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC), in dem die Belange der Frauen anerkannt werden, sollte umgesetzt und die Umsetzung beschleunigt werden. 2) Mit den übrigen paramilitärischen Gruppen sollte ein horizontaler Waffenstillstand und die Einstellung der Feindseligkeiten gegen die Bevölkerung erreicht werden, da viele der Betroffenen Frauen und Familien sind. 3) Die in den verschiedenen Initiativen auf nationaler Ebene vorgesehenen geschlechtsspezifischen Aspekte müssen berücksichtigt und umgesetzt werden. In Bezug auf die Beteiligung von Frauen an der Regierung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene wird hervorgehoben, dass 30 % der Kandidaten auf den Listen Frauen sind, aber die Parität nicht erreicht werde, wenn die Gleichstellungsmaßnahmen nicht beschleunigt würden. Die Vertreterinnen der Dachverbände rufen die EU auf, sie dabei zu unterstützen, ihren Stimmen mehr Gehör zu verschaffen, um einen tragfähigen Frieden in Kolumbien zu erreichen, in dem die Rolle und die Beteiligung der Frauen berücksichtigt werden.

Die **Mitglieder der Delegation** gehen auf die Redebeiträge ein. Der Leiter der FEMM-Delegation betont, dass diese Dachverbände weltweit ein Beispiel für die Beteiligung von Frauen an der Friedenskonsolidierung und für die von Frauen dabei erzielten Erfolge geben, auch wenn noch viel zu tun bleibe. Andere Mitglieder sprechen über besondere Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen vor geschlechtsspezifischer Gewalt in bewaffneten

Konflikten, insbesondere Vergewaltigung und anderen Formen des sexuellen Missbrauchs. Wie in Europa durch den illegalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine veranschaulicht, werde Vergewaltigung als Kriegswaffe eingesetzt und müsse frontal bekämpft werden, um dieses abscheuliche Verbrechen zu stoppen. Die Mitglieder gehen auch darauf ein, wie wichtig eine stärkere Vertretung von Frauen auf allen Entscheidungsebenen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene ist, um die Mechanismen zur Verhütung, Bewältigung und Lösung von Konflikten zu verbessern.

**Dienstag, 20. Juni 2023, 11.15–12.45 Uhr**

**Treffen mit der Internationalen Begleitkomponente (UN Women, Internationale Demokratische Frauenföderation (IDFF) und Schweden + VN-Verifizierungsmission) zur Überwachung der Geschlechterperspektive bei der Umsetzung des kolumbianischen Friedensabkommens**

Anwesende Interessenträger:

Patricia Fernández Pacheco, Stellvertretende Länderbeauftragte bei UN Women

Sofia Dohmen, Leiterin der Abteilung Entwicklungszusammenarbeit, Schweden

Elina Francesca Rivera, Referentin für Entwicklungszusammenarbeit, Schweden

Johanna Guerrero, Technisches Sekretariat der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF)

Matilde Mora, Politische Sprecherin der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF)

Interessenträger, die der **Internationalen Begleitkomponente (International Accompaniment Component)** angehören, informierten über ihre Arbeit, die zur Stärkung der Garantien für die Umsetzung des Friedensabkommens beiträgt. Ihre Arbeit erfolgt unter umfassender Achtung der kolumbianischen Verfassungs- und Rechtsordnung und konzentriert sich auf die Menschenrechte der Bürgerinnen und Bürger. Sie stehen im Dialog mit der Kommission zur Überwachung, Förderung und Überprüfung der Umsetzung des endgültigen Abkommens und unterstützen das Technische Sekretariat des Überprüfungsmechanismus. Die erste öffentliche Bewertung der Überwachung der Umsetzung des endgültigen Friedensabkommens unter Berücksichtigung der Geschlechterperspektive wurde von der Internationalen Begleitkomponente im November 2018 veröffentlicht. Trotz zahlreicher Herausforderungen und Unzulänglichkeiten ist das Friedensabkommen zwischen der kolumbianischen Regierung und den FARC zu einem internationalen Maßstab und einem Beispiel für bewährte Verfahren bei der Einbeziehung der Geschlechterperspektive in einen Friedensprozess geworden. Friedenslösungen nach schweren Konflikten können eine Chance sein, um einen Wandel zu bewirken, der zur Entwicklung, zur Lebensqualität und zur Gleichstellung beiträgt. Es handelt sich um eine Gelegenheit, die geschlechtsspezifische Diskrepanz zu beseitigen, für Chancengleichheit zu sorgen und die Gleichstellung der Geschlechter in spezifische politische Maßnahmen einzubeziehen. Es wurde unter anderem auf folgende Herausforderungen eingegangen: Zuweisung von Haushaltsmitteln für Projekte mit einem geschlechtsspezifischen Ansatz im Rahmen der Umsetzung des endgültigen Friedensabkommens; durchgängige Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts in den verschiedenen Punkten des endgültigen Friedensabkommens und die Weiterentwicklung eingegangener Verpflichtungen unter Berücksichtigung der Geschlechterperspektive; die Rechte der indigenen Frauen, der Frauen afrikanischer Abstammung und der LGBTIQ+-Bevölkerung zu garantieren und damit die Intersektionalität der Geschlechterperspektive im

Rahmen der ethnischen Indikatoren des Umsetzungsplans sicherzustellen; die Erstellung von nach ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht und sexueller Ausrichtung aufgeschlüsselten Informationen ermöglichen und so die Durchführung differenzierter Maßnahmen unterstützen.

**Delegationsmitglieder** ziehen Parallelen zwischen den Herausforderungen, mit denen Kolumbien in diesem Zusammenhang konfrontiert ist, und jenen in der EU auf politischer und institutioneller Ebene, wie etwa die stärkere Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei der Haushaltsplanung, die Förderung der durchgängigen Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts und die Verbesserung der Datenerhebung. Sie bieten ihre Unterstützung für die weitere Arbeit an der Geschlechtergleichstellung in Kolumbien im Rahmen der Friedensarbeit an und fordern, dringende Herausforderungen wie die Achtung der Rechte der LGBTIQ+-Bevölkerung und aller Frauen, einschließlich derjenigen indigener oder afrikanischer Abstammung, in vollem Umfang anzugehen.

### **Dienstag, 20. Juni 2023, 14.30–15.30 Uhr**

#### **Treffen mit der ehemaligen Offizierin der kolumbianischen Marine Juanita Millán, Mitglied des Unterausschusses für Gleichstellungsfragen und des Technischen Unterausschusses für die Beendigung des Konflikts**

**Die ehemalige Marineoffizierin Juanita Millán** betont, dass es sich um eine kritische Phase in Kolumbien handele, was die weitere Umsetzung der für den Frieden eingegangenen Verpflichtungen angehe. Sie war Unterhändlerin für das Friedensabkommen und den Waffenstillstand, als einzige Frau auf der Seite der Regierung, während es auf der Seite der FARC drei Unterhändlerinnen gab. Sie legt dar, dass bei der Entwaffnung viele geschlechtsspezifische Aspekte angesprochen worden seien, aber es habe zwei Jahre gedauert, bis die geschlechtsspezifischen Aspekte tatsächlich einbezogen worden seien, was eine sehr heikle Aufgabe gewesen sei. Sie gibt ein Beispiel für geschlechtsspezifische Aspekte, die von großer Bedeutung sind, und erläutert, dass die FARC zu 30 % aus Frauen bestand, wobei viele ehemalige Kämpferinnen schwanger wurden und Kinder bekamen; in den ersten sechs Monaten der Umsetzung seien 400–500 Kinder zur Welt gekommen, doch das Verhandlungsteam habe keinerlei pränatale Unterstützung usw. vorgesehen. Sie stellt ferner klar, dass in Kolumbien diejenigen, die die Bedingungen für den Frieden ausgehandelt hätten, auch für die Umsetzung zuständig seien. Bei der Umsetzung seien die geschlechtsspezifischen Indikatoren in der Priorität nach unten gerutscht, was möglicherweise an dem schwer verständlichen Wortlaut des Textes liege. Die Dokumente zur Inklusion hätten in sechs Monaten fertig sein sollen, aber es habe 1,5 Jahre gedauert. Sie erklärt, dass es kein besseres Friedensabkommen geben könne, dass es jedoch komplex sei und dass die Umsetzung sich verbessern müsse.

Was ihre Arbeit im Unterausschuss für geschlechterspezifische Fragen während der Verhandlungen betreffe, so berichtet sie, dass es logistische Schwierigkeiten gab und dass viele, die am Friedensabkommen beteiligt waren, nicht an die geschlechterspezifische Arbeit glaubten. So sei beispielsweise die Frage der sexuellen Gewalt schwierig gewesen, doch nachdem deutlich geworden sei, dass sexuelle Gewalt ein weit verbreitetes Problem sei und in den Waffenstillstand aufgenommen werden müsse, sei sie auch in anderen Abkommen aufgegriffen worden; aber es sei bei jedem Schritt ein Kampf gewesen.

Die **Mitglieder der Delegation** gehen auf die jüngsten Initiativen des Europäischen Parlaments im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter und der Frauenrechte ein, darunter die

Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt sowie die Ratifizierung des Übereinkommens von Istanbul, bei denen es sich um die zentralen Initiativen handelt, mit denen auch sexuelle Gewalt angegangen wird. Der Leiter der Delegation weist darauf hin, dass Frauen in Konflikten den höchsten Preis zahlen, und fordert nachdrücklich, der Praxis des Einsatzes von Vergewaltigung als Kriegswaffe ein Ende zu setzen. Er verweist auch auf die Erfahrungen in Europa mit dem rechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine und auf die Millionen von Frauen und Kindern, die aus dem Kriegsgebiet fliehen mussten.

**Dienstag, 20. Juni 2023, 16.00–17.30 Uhr**

**Treffen mit Organisationen, die sich mit Fragen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und den damit verbundenen Rechten befassen sowie Unterstützung im Zusammenhang mit dem freiwilligen Schwangerschaftsabbruch leisten**

Anwesende Interessenträger:

Marta Royo – Geschäftsführerin, Profamilia

Maria Vivas – Geschäftsführerin, Oriéntame para Decidir

Eugenia López – Regionalleiterin, International Planned Parenthood Federation

Dr. med. Laura Gil – Mitbegründerin, Grupo Médico por el Derecho a Decidir

Laura Castro – Koordinatorin, Mesa por la Vida

Catalina Martínez – Regionalleiterin, Centro de Derechos Reproductivos

Sandra Mazo – Geschäftsführerin, Católicas por el Derecho a Decidir

Carolina Melo – Rechtsberaterin, Jacarandas

Susana Mejía – Geschäftsführerin, Red Nacional de Mujeres

Die Organisationen, die sich mit Fragen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und den damit verbundenen Rechten befassen sowie Unterstützung im Zusammenhang mit dem freiwilligen Schwangerschaftsabbruch leisten, stellen ihre Arbeit vor. Durch ein historisches Urteil des Verfassungsgerichts aus dem Jahr 2022 wurde in Kolumbien die Abtreibung während der ersten 24 Wochen der Schwangerschaft entkriminalisiert. Die Organisationen, die sich mit Fragen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und den damit verbundenen Rechten befassen, geben Hintergrundinformationen zu dem Urteil und erläutern, dass die 24-Wochen-Frist keine politische, sondern eine wissenschaftlich und menschenrechtlich begründete Entscheidung sei. Sie legen ferner dar, dass etwa 1 % der Schwangerschaftsabbrüche nach der 20. Woche stattfänden, und dass es sich dabei hauptsächlich um Frauen aus benachteiligten, armen und ländlichen Gebieten handele, die Opfer sexueller Gewalt geworden seien und aufgrund ihres psychischen und physischen Traumas leider erst sehr spät Abtreibungseinrichtungen aufsuchen würden. Zugleich gebe es in Kolumbien nach wie vor viele Probleme für Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch benötigen. So würden beispielsweise weiterhin unsichere Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen, weil die betreffenden Einrichtungen noch immer nicht geschlossen worden seien, da es für Frauen nach wie vor schwierig sei, Zugang zu sicheren Abtreibungseinrichtungen zu erhalten, insbesondere in ländlichen Gebieten. Es wird auch dargelegt, dass es in Kolumbien möglich sei, die Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs aus Gewissensgründen zu verweigern, wobei manche Krankenhäuser dies jedoch generell für die gesamte Einrichtung täten, wozu sie aufgrund des Gerichtsurteils nicht befugt seien. Die Organisationen, die sich mit Fragen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und den damit verbundenen Rechten befassen, betonen auch, dass Kolumbien ein säkularer Staat sei und die Trennung von Kirche und Staat

gelte. Der Staat müsse die Rechte der Bürgerinnen und Bürger garantieren und dürfe nicht zulassen, dass die Kirche in die demokratische Praxis eingreife.

Die Organisationen, die sich mit Fragen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und den damit verbundenen Rechten befassen, sprechen ferner die Bedeutung der Sexualerziehung an den Schulen als Präventionsmaßnahme an. Auf politischer Ebene scheue man davor zurück, Sexualerziehung in den Lehrplan aufzunehmen, obwohl es sich dabei doch um einen entscheidenden Aspekt des menschlichen Lebens handle, bei dem es darum gehe, wie wir mit anderen Menschen und unserem eigenen Körper umgehen. Durch Sexualerziehung müsse insbesondere toxische Männlichkeit, die der geschlechtsspezifischen Gewalt zugrunde liege, dekonstruiert werden. Abschließend legen die Organisationen, die sich mit Fragen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und den damit verbundenen Rechten befassen, dar, dass in der öffentlichen Meinung eine vollständige Streichung des Schwangerschaftsabbruchs aus dem Strafgesetzbuch befürwortet werde. Sie arbeiten an der Verwirklichung dieses Ziels und auch daran, die Einstellungen gegenüber transsexuellen und nichtbinären Menschen zu ändern, damit diese frei über ihren Körper entscheiden können.

Die **Delegationsmitglieder** sprechen über die Tragweite des fehlenden Zugangs zu sicherer, erschwinglicher, rechtzeitiger und respektvoller Abtreibungsversorgung und die mit dem Schwangerschaftsabbruch einhergehende Stigmatisierung, die das physische und psychische Wohlbefinden der Frauen gefährden. Sie heben hervor, dass Kolumbien in diesem Bereich ein wichtiges Beispiel gesetzt habe, und verweisen auf den Rückschlag gegen die Frauenrechte in ganz Europa, insbesondere im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte.

### **Mittwoch, 21. Juni 2023, 8.00–9.00 Uhr**

#### **Treffen mit der EU-Taskforce für Geschlechterfragen**

Der EU-Taskforce für Geschlechterfragen in Kolumbien gehören Vertreterinnen und Vertreter aus Italien, Deutschland, Österreich, Belgien, Dänemark, Spanien, Ungarn, Irland, den Niederlanden, Portugal, der Tschechischen Republik, Schweden, Rumänien, Polen und Frankreich an. Die bei dem Treffen anwesenden Vertreterinnen und Vertreter berichten über verschiedene von ihren jeweiligen Mitgliedstaaten durchgeführte Programme, einschließlich der Arbeit mit der Zivilgesellschaft in verschiedenen Bereichen wie Frauen in ländlichen Gebieten, Programme für junge Migrantinnen sowie Landwirtschaft/Ersatzkulturen. Im Falle Schwedens werden die Arbeit an der Internationalen Begleitkomponente sowie die Programme zur Beteiligung von Frauen an der Politik erwähnt.

**Mitglieder der Delegation** gehen auf die jüngsten Initiativen des Europäischen Parlaments im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter und der Frauenrechte ein, darunter die Richtlinien zu Frauen in Aufsichtsräten und zur Lohntransparenz, die laufenden Arbeiten an der Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt sowie die Ratifizierung des Übereinkommens von Istanbul. Sie äußern ihre Besorgnis angesichts der Rückschläge gegen die Frauenrechte und der Gewalt gegen Frauen, einschließlich Cyberkriminalität und struktureller Gewalt.

### **Mittwoch, 21. Juni 2023, 9.45–10.45 Uhr**



## **Treffen mit Mitgliedern der überparteilichen Vereinigung der kolumbianischen Parlamentarierinnen**

### Anwesend:

Senatorin María José Pizarro – Vorsitzende des Juristischen Kongressausschusses für die Gleichberechtigung der Frau

Repräsentantenhausmitglied Marelen Castillo

Repräsentantenhausmitglied Karen Manrique

Repräsentantenhausmitglied Carmen Felisa Ramírez

Repräsentantenhausmitglied Ana Rogelia Monsalve

Repräsentantenhausmitglied Gloria Liliana Rodríguez

Repräsentantenhausmitglied Erika Sánchez

Repräsentantenhausmitglied Delcy Isaza

Repräsentantenhausmitglied Elizabeth Jai Pang

**Senatorin María José Pizarro** schildert die schwierige Situation im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, während der Tausende von Berichten über geschlechtsspezifische Gewalt und sexuellen Missbrauch von Kindern eingegangen seien. Sie unterstreicht, dass geschlechtsspezifische Gewalt nicht einfach per Gesetz abgeschafft werden könne, insbesondere angesichts der Zunahme während und nach der Pandemie, sondern dass die gesamte Gesellschaft einbezogen werden müsse und in Krisenzeiten unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden müssen. Sie geht auch auf das Thema Frauen in der Politik ein und weist darauf hin, dass sich der Anteil der in den Kongress gewählten Frauen zwar erhöht hat, aber immer noch weit von einer Parität entfernt ist. Sie äußert sich optimistisch hinsichtlich der anstehenden Kommunalwahlen, bei denen sich immer mehr Frauen zur Wahl stellten. In diesem Zusammenhang weist sie allerdings auf die zunehmende Gewalt gegen Frauen in der Politik hin. Mit der steigenden Zahl von Frauen, die bei Wahlen kandidieren, gehe ein exponentieller Anstieg der Gewalt und der Androhung extremer Gewalt einher. Auf lokaler und regionaler Ebene sei die Gewalt gegen Frauen in der Politik extrem hoch und werde Berichten zufolge immer schlimmer; je weiter man von der Hauptstadt entfernt sei, desto ärger seien das Ausmaß und die Art der alltäglichen Gewalt. Sie verweist auf einen neuen Rechtsrahmen, der in Kürze in Kraft treten soll, um Frauen in der Politik zu schützen; dieses neue Gesetz müsse noch vom Präsidenten unterzeichnet werden. Sie spricht über die verschiedenen Initiativen, an denen ihr Ausschuss arbeitet, um Frauen in Kolumbien zu schützen und zu helfen, die mit zahlreichen Hürden konfrontiert sind, darunter ein wegweisendes Gesetz zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt. Sie merkt zudem an, dass ihr Ausschuss seit langem ein spezielles Frauen- und Frauenförderungsministerium fordere und dass die Einrichtung eines Ministeriums für Gleichstellung bereits ein erheblicher Erfolg sei. Abschließend geht die Senatorin darauf ein, dass Kolumbien einen umfassenden Waffenstillstand benötigt. Sie handle derzeit einen Waffenstillstand aus, wobei zum ersten Mal ebenso viele Frauen wie Männer am Verhandlungstisch säßen. Sie schließt mit der Botschaft, dass Frauen die Hüterinnen des Friedens sind und dass sie auch am meisten unter den Folgen des Konflikts zu leiden haben.

Der **Leiter der Delegation** spricht über die laufenden Arbeiten des EP an der Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt sowie über die Ratifizierung des Übereinkommens von Istanbul. Er geht auch auf die Arbeit des FEMM-Ausschusses an der Richtlinie zu Frauen in Aufsichtsräten und der Richtlinie zur Lohntransparenz sowie deren Wichtigkeit für die Unterstützung von Frauen im Berufsleben ein. Er hebt hervor, dass die Rückschläge gegen die Frauenrechte und die Gewalt gegen Frauen, einschließlich

Cyberkriminalität, auch Gewalt gegen Frauen in der Politik umfassen, insbesondere im digitalen Bereich.

**Mittwoch, 21. Juni 2023, 15.00–16.00 Uhr**

**Treffen mit dem Ministerium für Gesundheit und sozialen Schutz zum Thema freiwilliger Schwangerschaftsabbruch**

Der **Stellvertretende Minister für Volksgesundheit, Dr. Jaime Urrego**, spricht über das Urteil C-055 des kolumbianischen Verfassungsgerichts aus dem Jahr 2022, mit dem die Abtreibung während der ersten 24 Wochen der Schwangerschaft entkriminalisiert worden ist, und erläutert die Hintergründe dieser historischen Entscheidung. Er beginnt mit der Feststellung, dass sich Kolumbien immer noch in einer schwierigen Post-Konflikt-Situation befinde und dass sich der Präsident auf einen umfassenden Frieden und den Wiederaufbau des Landes konzentriere. Er legt dar, dass das Thema Abtreibung in Kolumbien dank des zivilgesellschaftlichen Kampfes der Frauen in den Mittelpunkt gerückt worden sei. Durch die Bewegung „Movimiento Causa Justa“ (Gerechte Sache) übten sie auf breiter Front organisierten Druck aus. Somit gehe dieses Urteil auf eine breite gesellschaftliche Bewegung zurück. Kolumbien verfüge über eine starke Zivilgesellschaft, die seiner Ansicht nach aus der Begrenztheit der Demokratie und dem jahrelangen Konflikt resultiere, in dem zahlreiche Menschen vertrieben, zum Verschwinden gebracht, ermordet, massakriert wurden. Ein Großteil des Konflikts sei auf dem Rücken der Frauen ausgetragen worden, wodurch sich letztlich ein Raum eröffnet habe, sodass die Verfassung nun die Unterstützung des Kampfes für gesellschaftliche Veränderungen vorsehe. Der Stellvertretende Minister betont, dass das Gerichtsurteil in Bogotá viel schneller umgesetzt worden sei als in anderen Teilen des Landes, in denen Schwangerschaftsabbrüche stärker stigmatisiert seien. Er bestätigt, was die Organisationen für sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte bei einem der vorhergegangenen Treffen dargelegt haben, nämlich dass die Entscheidung, die Frist für einen Schwangerschaftsabbruch bei 24 Monaten festzulegen, auf einem medizinischen und wissenschaftlichen Konsens beruhe, und dass die einzelne Ärztin oder der einzelne Arzt sich aus Gewissensgründen weigern dürfe, eine Abtreibung vorzunehmen, wohingegen eine pauschale Weigerung seitens einer gesamten Einrichtung nicht zulässig sei. Ein weiterer Punkt des Gerichtsurteils sei, dass Teenager – auch unter 15 Jahren – die infolge einer Vergewaltigung schwanger werden, keine elterliche Zustimmung benötigen. Abschließend geht der Stellvertretende Minister auf indigene Frauen ein, deren Rechte weniger geschützt sind, und spricht über ein anderes Urteil eines untergeordneten Gerichts, das eine Abtreibung nur mit männlicher Zustimmung erlaubt. Dieser Fall sei dann in eine höhere Instanz gegangen, wodurch die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie der Rückschlag gegen die Frauenrechte wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gelangt seien. Das Ministerium arbeite an einer Stellungnahme zu dieser Frage, wobei dieses erstinstanzliche Urteil manchen Auslegungen zufolge nur für die indigene Bevölkerung gelte.

Die **Mitglieder der Delegation** heben hervor, dass dieser Rückschlag gegen die Frauenrechte, Gewalt gegen Frauen und Rückschläge im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte leider auch in Europa zu beobachten seien. Der fehlende Zugang zu sicheren, erschwinglichen, rechtzeitigen und respektvollen Abtreibungseinrichtungen sei in Europa nach wie vor ein sehr heikles Thema, trotz der Fortschritte bei den Menschen- und Frauenrechten in den letzten Jahren. Die Delegation

unterstreicht, wie wichtig der in Kolumbien geleistete Einsatz für einen sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruch ist. Die Delegation begrüßt die enge Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft und der Justiz im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte, die sich in so positiver Weise auf das Leben der Frauen auswirke.

**Mittwoch, 21. Juni 2023, 16.30–17.30 Uhr**

**Treffen mit der Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP – Jurisdicción especial para la paz) zum Thema Rechte von Frauen und Mädchen aus der Perspektive einer geschlechtersensiblen Unrechtsaufarbeitung**

Anwesend:

Richter Roberto Carlos Vidal, Vorsitzender  
Richterin Julieta Lemaitre  
Richter Oscar Parra  
Richterin Alexandra Sandoval

**Richter Roberto Carlos Vidal** erläutert die Rolle der Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP – Jurisdicción Especial para la Paz) – des kolumbianischen Mechanismus für die Unrechtsaufarbeitung, der die Verbrechen von FARC-Mitgliedern, Angehörigen von Armee und Polizei sowie Dritten, die an dem bewaffneten Konflikt in Kolumbien beteiligt waren, untersucht und die entsprechenden Strafverfahren durchführt. Ziel der JEP sei es, dem Recht der Opfer auf Gerechtigkeit Genüge zu tun und der kolumbianischen Gesellschaft ein wahrheitsgetreues Bild der Geschehnisse zu liefern, zumal die Leichen vieler verschwundener Opfer des Konflikts noch immer nicht gefunden worden seien. Die JEP sei bestrebt, die Rechte der Opfer zu schützen, zur Verwirklichung eines stabilen und dauerhaften Friedens beizutragen und Urteile über diejenigen zu fällen, die direkt oder indirekt an den innerstaatlichen bewaffneten Konflikten beteiligt waren. Zu diesem Zweck stütze sich die JEP in erster Linie auf die kollektiven Berichte, die von Organisationen der Zivilgesellschaft im Namen der Opfer eingereicht würden. Darüber hinaus führe sie auch eigene Ermittlungen durch, wobei allerdings die berichtete Anzahl von Opfern die Kapazität der JEP, zügig auf diese Berichte zu reagieren, stark übersteige. Die JEP befasse sich vorrangig mit Makrofällen, um ihre Arbeit wirksamer durchführen zu können. Es wird dargelegt, dass zunächst geplant war, in einer Reihe von Makrofällen Ermittlungen zum Thema sexuelle Gewalt zu verfolgen; im Juli 2022 sei dann aber die Entscheidung bekannt gegeben worden, einen eigenen „Makrofall 11“ zu geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich Gewalt gegen die sexuelle und reproduktive Gesundheit, zu eröffnen. Dieser Makrofall wurde nach der EP FEMM-Mission offiziell eröffnet, im September 2023.

Die **Mitglieder der Delegation** skizzieren die jüngsten Initiativen des Europäischen Parlaments im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter und der Frauenrechte, unter besonderer Berücksichtigung der Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt sowie der Ratifizierung des Übereinkommens von Istanbul. Im Zusammenhang mit dem ungerechtfertigten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine äußert die Delegation ihre Besorgnis über die Zunahme sexueller Gewalt gegen Frauen in Kriegszeiten. Sie betonen die Notwendigkeit, der Straflosigkeit durch einen entsprechenden Rechtsrahmen seitens der Justiz ein Ende zu setzen, um den Opfern und ihren Familien Gerechtigkeit zu verschaffen, aber auch als wichtige Präventionsmaßnahme. Gleichzeitig

warnen sie vor einer Amnestie für Straftäter, die sexuelle Gewalt begangen haben, und verlangen nachdrücklich, den Makrofall zur sexuellen Gewalt zu eröffnen.

### **Donnerstag, 22. Juni 2023, 9.00–11.00 Uhr**

### **Treffen mit Organisationen, die sich mit der Prävention, Unterstützung und Überwachung von Fällen geschlechtsspezifischer Gewalt befassen**

#### Anwesend:

Linda Cabrera – Geschäftsführerin von Sisma Mujer

Marcela Sánchez – Geschäftsführerin von Colombia Diversa

Die **Vertreterin von Sisma Mujer** geht auf das Thema der geschlechtsspezifischen Gewalt und die düstere Lage vor Ort im Bereich der Gewalt gegen Frauen ein. Die erste Reaktion der Behörden bei Fällen von geschlechtsspezifischer Gewalt sei unzulänglich, und obwohl im August letzten Jahres ein Gesetz verabschiedet worden sei, um diese Reaktion zu verbessern, sei noch nichts geschehen, was nach wie vor Anlass zur Sorge gebe. Es sei wichtiger denn je, dass in der Armee und bei der Polizei systemische Veränderungen vorgenommen werden, damit sie wirksamer auf geschlechtsspezifische Gewalt reagieren. Die abgelegenen Gebiete des Landes seien rote Zonen, was die geschlechtsspezifische Gewalt angeht. Die Vertreterin von Sisma Mujer geht auch darauf ein, wie wichtig die Beteiligung von Frauen an der Politik ist. Frauen könnten als Katalysator für den Wandel wirken, aber Reformen wie die 50:50-Vertretung würden nicht verabschiedet, außer für Entscheidungsgremien.

Die **Vertreterin von Colombia Diversa** geht ebenfalls auf den Problembereich der geschlechtsspezifischen Gewalt ein und betont, dass fünf Jahre nach dem Beginn der Arbeit des JEP nun der Makrofall 11 „Opfer sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt“ eröffnet werde – bisher aber noch nichts Substanzielles geschehen sei. Diese Verzögerung habe diskriminierende Auswirkungen, und es müssten zügig Maßnahmen ergriffen werden, damit diese Auswirkungen nicht noch gravierender würden. Trotz der durch die jetzige Regierung erzielten Fortschritte sei das Ausmaß der geschlechtsspezifischen Gewalt insgesamt gleich geblieben. Die Herausforderungen, mit denen sich das System der Übergangsjustiz konfrontiert sehe, betreffen nicht nur die geschlechtsspezifische Gewalt vor Ort, sondern auch den Mangel an ausreichender Aufmerksamkeit innerhalb des Systems. Vorurteile würden als Mittel zur Ausübung dieser Gewalt eingesetzt. Was die für die Suche nach Verschwundenen zuständigen Abteilungen der Behörden angeht, so würden etwa 15 % der Opfer nicht gesucht – häufig Frauen, im Zusammenhang mit Femizid, Zwangsheirat und Zwangsarbeit. Ungeachtet dieses Opferprofils hätten die Suchabteilungen keinen geschlechtsspezifischen Schwerpunkt, was sich dringend ändern müsse. Der Vertreter von Colombia Diversa spricht auch über auf Vorurteilen beruhende Gewalt gegen LGBTIQ+-Personen, mit der im Justizsystem – einschließlich der JEP – nicht angemessen umgegangen werde.

Was das erzwungene oder unfreiwillige Verschwinden von Menschen angeht, so würden LGBTIQ+-Personen als Opfer in gravierender Weise übergangen. Die Delegation des Europäischen Parlaments wird ersucht, diesem Umstand Rechnung zu tragen und den kolumbianischen Behörden die Botschaft zu übermitteln, dass dringend eine Allianz zwischen den Suchabteilungen und den LGBTIQ+-Organisationen erforderlich ist, um bei der Suche nach den Opfern zusammenzuarbeiten. Abschließend wird die Frage der LGBTIQ+-Migrantinnen und -Migranten als grenzübergreifende Problematik angesprochen, die die Andengemeinschaft, Ecuador usw. betrifft. Diese Migrantinnen und Migranten befinden sich

in einer prekären Lage und werden dazu gedrängt, sich unter dem rechtlichen Status von Migranten und nicht von Flüchtlingen zu registrieren, wodurch sie weniger Rechte haben.

Die **Mitglieder der Delegation** stellen in ihren Anmerkungen unter anderem die jüngsten Initiativen des Europäischen Parlaments im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter und der Frauenrechte vor. Im Zusammenhang mit dem ungerechtfertigten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine äußert die Delegation ihre Besorgnis über die Zunahme sexueller Gewalt gegen Frauen in Kriegszeiten. Die Delegation betont, dass Gerechtigkeit für Frauen und LGBTIQ+-Personen ein wichtiger Beitrag zu einer auf Gleichheit und Gerechtigkeit beruhenden Demokratie sein könne, und dass hohe Erwartungen bestünden, dass Kolumbien dieses Niveau an Gerechtigkeit und Gleichstellung erreichen könne. Sofern dies gelinge, könne die Erfahrung Kolumbiens im Bereich der wirksamen Zusammenarbeit von Justiz, Strafverfolgungsbehörden und Zivilgesellschaft als Vorbild für andere Länder dienen, wobei der Zugang zur Justiz noch verbessert werden müsse. Die Delegation betont ihre Unterstützung für die laufende Arbeit der beiden Organisationen.

#### **Donnerstag, 22. Juni 2023, 11.30–12.30 Uhr**

#### **Treffen mit Organisationen, die sich für die Belange von Opfern, verschwundenen Personen und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern einsetzen**

##### Anwesend:

Yanette Bautista – Geschäftsführerin, Fundación Nydia Erika Bautista

Julia Figueroa – Geschäftsführerin, Corporación Colectivo de Abogados Luís Carlos Pérez (CCALCP)

Luz Carlina Hincapié – Beraterin, Iniciativa de Mujeres por la Paz (IMP)

Die Vertreterinnen der Organisationen, die sich für die Belange von Opfern, verschwundenen Personen und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern einsetzen, erläutern, was der Begriff „verschwundene Person“ in Kolumbien vor dem Hintergrund eines so lang anhaltenden Konflikts bedeutet. Straflosigkeit sei an der Tagesordnung, Straflosigkeit in Bezug auf verschwundene Personen gebe es in 95 % der Fälle, daher könne nicht die Rede davon sein, dass die Justiz wirksam funktioniere. Die Suche nach Menschen und das Einfordern der Rechte der verschwundenen Personen seien von den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragene Maßnahmen. Nydia Erika Bautista, nach der die Stiftung benannt ist, wurde von der Armee gefoltert, vergewaltigt und zum Verschwinden gebracht. Mindestens 16 Armeeangehörige waren daran beteiligt, zwei ganze Brigaden, und kein einziger wurde bisher vor Gericht gestellt. Wer nach einer verschwundenen Person sucht, sieht sich enormen Hindernissen wie Gewalt, Gewaltandrohung, Vergeltungsmaßnahmen usw. gegenüber. Frauenrechtsverteidigerinnen seien ständigen Bedrohungen ausgesetzt. Die verschwundenen Personen würden als Kollateralschaden und nicht als Opfer des Konflikts betrachtet. Die Vertreterinnen fordern einen Makrofall, der sich auf alle Formen geschlechtsspezifischer Gewalt konzentriert, und einen weiteren, der sich auf das Verschwindenlassen von Personen konzentriert. Sie erläutern der Delegation auch den Vorschlag für ein umfassendes Gesetz zum Schutz der Rechte von Frauen, die nach verschwundenen Personen suchen, ein Gesetz, das die Rolle dieser Frauen, ihren Beitrag zur Wahrheitsfindung und die Kosten anerkennt, die diese Suche in ihrem Leben verursacht hat.

Die **Mitglieder der Delegation** gehen in ihren Anmerkungen unter anderem auf Arbeit des EP

im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter und der Frauenrechte ein, insbesondere im Hinblick auf geschlechtsspezifische Gewalt. Die Delegation bringt zudem ihre Besorgnis über die Zunahme sexueller Gewalt gegen Frauen in Kriegszeiten zum Ausdruck, wie unter anderem im Zusammenhang mit dem ungerechtfertigten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine festzustellen. Die Delegation bringt ihre Wertschätzung für die von den anwesenden Organisationen geleistete Arbeit zum Ausdruck und sagt ihre Unterstützung zu.

**Donnerstag, 22. Juni 2023, 12.30–14.00 Uhr**

**Arbeitsessen mit Organisationen, die sich für eine stärkere politische Beteiligung von Frauen in Entscheidungsgremien einsetzen**

Anwesend:

Alejandra Barrios, Leiterin der Wahlbeobachtungsmission (MOE – Misión de Observación Electoral)

Johana Trujillo, Referentin für Geschlechterfragen – Netherlands Institute for Multiparty Democracy (NIMD)

Die Vertreterinnen der Organisationen, die sich für eine stärkere politische Beteiligung von Frauen in Entscheidungsgremien einsetzen, weisen auf die Bedeutung der politischen Beteiligung von Frauen hin, die eine Grundvoraussetzung für die Gleichstellung der Geschlechter und eine echte Demokratie ist. Sie erleichtere die direkte Beteiligung von Frauen an öffentlichen Entscheidungsprozessen und sei ein Mittel, um eine bessere Rechenschaftspflicht gegenüber Frauen sicherzustellen. Die politische Rechenschaftspflicht gegenüber Frauen beginne bei der Erhöhung der Anzahl von Frauen in Entscheidungspositionen, dürfe dabei aber nicht Halt machen. Notwendig seien geschlechtersensible Reformen der Regierungsführung, die alle gewählten Amtsträgerinnen und Amtsträger in die Lage versetzen, die Gleichstellung der Geschlechter in der Politik wirksamer zu fördern und ihre Umsetzung sicherzustellen. Die Vertreterinnen der Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind, sprechen auch über die zunehmende Gewaltandrohung und Gewalt gegen Politikerinnen und die dringende Notwendigkeit, dagegen anzugehen.

Die **Mitglieder der Delegation** tragen ihre Anmerkungen vor. Die Delegation weist darauf hin, dass der Frauenanteil im Europäischen Parlament in der laufenden Legislaturperiode 39,3 % beträgt. Das sei zwar das beste Verhältnis, das das EP je hatte, jedoch noch keine Parität. Die Delegation weist auch darauf hin, dass das Europäische Parlament nun schon zum dritten Mal eine Präsidentin hat. Die erste Präsidentin des EP war seit 1979 die unvergessene Simone Veil, die den FEMM-Ausschuss ins Leben rief, und derzeitig ist es Roberta Metsola. Was die Vertretung von Frauen im Europäischen Parlament angeht, so liegt sie über dem weltweiten Durchschnitt der nationalen Parlamente und auch über dem EU-Durchschnitt der nationalen Parlamente. In diesem Bereich bleibe aber noch viel zu tun. Die Delegation bestätigt die besorgniserregende Tendenz zur Gewalt gegen weibliche Politiker, die auch in Europa und auch von den Mitgliedern der Delegation erlebt werde.

**Donnerstag, 22. Juni 2023, 14.30–15.30 Uhr**

**Hochrangiges Treffen mit der kolumbianischen Vizepräsidentin und**

## **Gleichstellungsministerin Francia Márquez sowie mit Clemencia Carabalí, Präsidentenberaterin für die Gleichstellung der Frau**

Die **Vizepräsidentin und Gleichstellungsministerin Francia Márquez** begrüßt die Zusammenarbeit zwischen der EU und Kolumbien und bekräftigt die Unterstützung für den Friedensprozess. Sie stellt ihre Pläne zur Umgestaltung des Landes im Sinne der sozialen Gerechtigkeit, der Menschenwürde und der Bekämpfung von gesellschaftlicher Unterdrückung und Ausgrenzung vor. Ihr Büro koordiniere interinstitutionelle und sektorübergreifende Maßnahmen für Gleichheit und Gerechtigkeit – für Frauen, indigene Völker, Menschen mit indigenen Wurzeln, Menschen mit Behinderungen und LGBTIQ+-Personen. Ein weiterer Schwerpunkt der Politik seien Maßnahmen für den Zugang zu Trinkwasser und die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt. Der nationale Entwicklungsplan umfasse auch Maßnahmen zur Einrichtung eines staatlichen Gesundheitsversorgungsdienstes sowie Maßnahmen für die Sicherstellung der Gleichheit des Arbeitsentgelts für Frauen, für die Unterstützung von Familien und für den Zugang zur Gesundheitsversorgung. In Kolumbien komme Frauen eine tragende Rolle als Ernährerinnen von Familien zu. **Vizepräsidentin Márquez** erläutert ferner die Fortschritte der Regierung bei der Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu Frauen, Frieden und Sicherheit sowie die Bemühungen um eine stärkere Beteiligung von Frauen am politischen Leben. Die **Mitglieder der Delegation** gehen in ihren Anmerkungen vor allem auf die Umsetzung des Friedensprozesses, die Unterstützung von Opfern geschlechtsspezifischer Gewalt in Konflikten und opferorientierte Justiz ein. Sie würdigen die Unterstützung Kolumbiens für die Pride-Paraden. Ferner heben sie hervor, wie wichtig der Zugang von Mädchen und Frauen zu Bildung ist. Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion ist die überaus wichtige Rolle der Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger.

### **Donnerstag, 22. Juni 2023, 15.45–16.15 Uhr**

#### **Treffen mit dem Stellvertretenden Außenminister Kolumbiens, Francisco Coy**

Der **Stellvertretende Außenminister Kolumbiens, Francisco Coy**, stellt die Arbeit Kolumbiens im Hinblick auf die Umsetzung einer feministischen Außenpolitik vor. Im Rahmen der Aussprache erörtern die beiden Seiten Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Kolumbien und der EU in internationalen Gremien.

### **Schlussfolgerung**

Die EU und Kolumbien haben im Bereich der Geschlechtergleichstellung und der Frauenrechte zunehmend übereinstimmende Prioritäten, Probleme und Herausforderungen zu verzeichnen. Geschlechtsspezifische Gewalt, einschließlich sexueller Gewalt und Vergewaltigung als Waffe in Kriegen und sonstigen bewaffneten Konflikten, sowie Gewalt gegen Mandatsträgerinnen und Politikerinnen sind zentrale Themen, die im Mittelpunkt der Anstrengungen und Maßnahmen der Zivilgesellschaft und der Regierungen stehen. Die Delegation bekundete ihre nachdrückliche Solidarität und ihre Unterstützung für die von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen in Kolumbien. Was die derzeitigen Rückschläge gegen die Geschlechtergleichstellung insgesamt – gegen Frauen, die LGBTIQ+-Gemeinschaft und andere schutzbedürftige Gruppen – angeht, die weltweit – auch in der EU und in Kolumbien – beobachtet werden, so gibt es in vielen Fällen ähnliche Erfahrungen. Im Bereich der sexuellen

und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte konnte die von der Zivilgesellschaft und Frauenrechtsaktivisten getragene Bewegung „Movimiento Causa Justa“ (Bewegung „Gerechte Sache“) allerdings bedeutende Veränderungen auf politischer Ebene herbeiführen, insbesondere das historische Urteil des Verfassungsgerichts aus dem Jahr 2022, durch das der Schwangerschaftsabbruch während der ersten 24 Wochen entkriminalisiert worden ist. Auch wenn der Zugang noch immer durch praktische und soziale Hindernisse eingeschränkt ist, können die Erfahrungen Kolumbiens im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte anderen Ländern, einschließlich EU-Mitgliedstaaten, eindeutig als Vorbild dienen. Zudem wurde im Zusammenhang mit dem ungerechtfertigten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine das in Kolumbien erworbene Know-how im Bereich der Friedenskonsolidierung erörtert.